

Gemeinsam gegen Kinderarmut

jetzt!

EINE FÜR ALLE

Kindergrundsicherung

Ergebnisse einer repräsentativen FORSA-Umfrage zur Kinderarmut/Kindergrundsicherung

Die 22 Unterzeichner*innen der Erklärung „EINE FÜR ALLE – Kindergrundsicherung jetzt!“ fordern, nach der Bundestagswahl eine Kindergrundsicherung einzuführen. Die vielen, unterschiedlichen Geldleistungen für Kinder sollen zu einer Leistung gebündelt werden. Keine Familie soll in Armut leben, nur weil sie Kinder hat. Daher sollen insbesondere arme Kinder mehr bekommen als heute. Zudem soll die Kindergrundsicherung leicht zugänglich sein, so dass bei allen Familien das Geld auch ankommt.

Die Unterzeichner*innen haben bei FORSA eine repräsentative Befragung in Auftrag gegeben, um zu ermitteln, wie die Wahlberechtigten zu einer Kindergrundsicherung stehen. Das Ergebnis offenbart, dass Kinderarmut als sehr drängendes Problem angesehen wird und die Forderung nach einer Kindergrundsicherung sehr große Zustimmung erfährt. Die Unterzeichner werten die Ergebnisse der Umfrage als klare Aufforderung an die Politik, entschieden gegen Kinderarmut vorzugehen und der Kindergrundsicherung hohe Priorität einzuräumen.

Zu den Ergebnissen der Umfrage im Einzelnen:

Kinderarmut ist ein drängendes Problem

Nahezu alle Befragten (94 Prozent) halten die Bekämpfung der Kinderarmut für wichtig. Zwei Drittel der Befragten (66 %) geben an, dass es sehr wichtig ist, dass die Politik etwas dafür tut, dass Kinderarmut bekämpft wird. Weitere 28 Prozent halten es für wichtig. Der Anteil der Anhänger*innen der CDU/CSU, die die Bekämpfung der Kinderarmut für sehr wichtig oder wichtig halten, liegt mit 96 Prozent sogar noch etwas über dem Wert aller Befragten.

Große Zustimmung für Kindergrundsicherung – auch unter Anhänger*innen der CDU/CSU

Die Forderung, eine Kindergrundsicherung einzuführen, findet in der Bevölkerung sehr große Zustimmung. Drei Viertel der Befragten (76 Prozent) sind für eine Kindergrundsicherung, nur eine kleine Minderheit von 17 Prozent ist dagegen. Selbst unter den Anhängern der CDU/CSU und FDP, die aktuell noch keine Kindergrundsicherung im Wahlprogramm haben, spricht sich jeweils eine deutliche Mehrheit von ebenfalls 76 Prozent beziehungsweise 67 Prozent für eine Kindergrundsicherung aus.

Hartz-IV-Sätze für Kinder als zu niedrig bewertet

Der Hartz-IV-Regelsatz beträgt beispielsweise für ein 10-jähriges Kind 309 Euro. Von den Befragten, die selbst Kinder haben und die die Kosten gut einschätzen können, hält eine deutliche Mehrheit (56 Prozent) diesen Betrag für zu niedrig. Nur sehr wenige Befragte mit Kind(ern) sind der Ansicht, dass der Betrag zu hoch sei (4 %). 37 Prozent bewerten die Höhe als angemessen.

Geschätzte Lebenshaltungskosten übersteigen Hartz-IV-Satz deutlich

Die Unterzeichner*innen der Erklärung „EINE FÜR ALLE – Kindergrundsicherung jetzt!“ fordern, das Existenzminimum von Kindern und Jugendlichen neu und realitätsgerecht zu ermitteln. Die Höhe der Kindergrundsicherung soll deutlich über den Hartz-IV-Sätzen für Kinder und Jugendliche liegen.

Die Befragten sollten angeben, wie viel Geld sie monatlich mindestens für erforderlich halten, um den Lebensunterhalt eines 10-jährigen Kindes bestreiten zu können. Im rechnerischen Durchschnitt geben die Befragten 389 Euro an. Dieser Betrag liegt deutlich – um 26 Prozent – über dem derzeit geltenden Hartz-IV-Satz für ein 10-jähriges Kind (309 Euro). Ein Viertel der Befragten (23 Prozent) hält einen Betrag zwischen 350 und 500 Euro für erforderlich, ein weiteres Viertel (24 Prozent) einen Betrag über 500 Euro.

Privilegierung Besserverdienender wird als ungerecht empfunden

Derzeit erhalten Eltern mit geringem und mittlerem Einkommen monatlich 219 Euro Kindergeld, während Eltern mit hohem Einkommen über den Kinderfreibetrag bis zu 332 Euro Steuerersparnis erhalten.

Drei Viertel der Befragten (74 Prozent) halten diese Unterscheidung für ungerecht, bei Personen aus Haushalten mit einem Nettoeinkommen unter 2.000 Euro sind es sogar 81 Prozent. Selbst eine deutliche Mehrheit der Anhänger*innen von CDU/CSU (59 Prozent) bewertet die Unterschiede zwischen Steuerfreibetrag und Kindergeld als ungerecht.

Die Unterzeichner*innen der Erklärung „EINE FÜR ALLE – Kindergrundsicherung jetzt!“ fordern, die Privilegierung von Besserverdienenden zu beenden. Die Kindergrundsicherung soll auch den Kinderfreibetrag ersetzen.

Umfragedesign

Die repräsentative Befragung wurde von der forsa Politik- und Sozialforschung GmbH im Auftrag des Kinderschutzbundes und des DGB durchgeführt. Grundgesamtheit der Untersuchung ist die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Befragt wurden insgesamt 1.018 nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte Personen der Grundgesamtheit. Die Erhebung wurde vom 16. bis 25. Juli 2021 als Online-Befragung durchgeführt.